

Beilage 1113/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen
Landtags

betreffend Resolution für verstärkte Initiative der Bundesregierung
gegen das AKW Temelin

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, in der neuen Legislaturperiode umgehend alle möglichen internationalen Rechtsschritte wie eine Völkerrechtsklage und Gang zum Internationalen Gerichtshof gegen die Tschechische Republik wegen Bruchs des zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich geschlossenen internationalen und völkerrechtlich verbindlichen Vertrages (Melker Protokoll - Brüsseler Fassung) einzuleiten.

Begründung:

Mit dem Melker Protokoll (Brüsseler Fassung) unterzeichneten Milos Zeman als Vertreter der Tschechischen Republik und Wolfgang Schüssel als Vertreter der Republik Österreich einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Da dieser unter Vermittlung der Europäischen Kommission zustande gekommen ist, wurde das Melker Protokoll auch von Günter Verheugen mit unterzeichnet. Im Mittelpunkt steht die Verpflichtung der Tschechischen Republik, dass *"in jedem Fall die Umsetzung der in Anhang I angeführten Sicherheitsmaßnahmen ... die Vorbedingung für den kommerziellen Betrieb ist"* (siehe Kapitel VI des Melker Protokolls, Brüsseler Fassung). Die im Rahmen des Melker Protokolls (Brüsseler Fassung) vereinbarten Sicherheitsnachbesserungen im AKW Temelin sind gemäß dem Endbericht der internationalen ExpertInnenkommission unter Leitung von Univ.- Prof. Dr. Wolfgang Kromp vom Juni 2005 bis dato nicht umgesetzt. 100 Störfälle sprechen eine deutliche Sprache! So sind auch in den letzten Monaten weitere Probleme betreffend Brennstäbe des AKW Temelin aufgetreten.

Somit ist auch im Hinblick darauf für die Sicherheit der Bevölkerung - sowohl für die Österreichische als auch die Tschechische - dringender Handlungsbedarf gegeben.

Am 11.10.2004 erhielt Block I im AKW Temelin die atomrechtliche Genehmigung; im Oktober 2005 wurde die baurechtliche Genehmigung eingeleitet, ohne dass auf die seitens der internationalen ExpertInnen noch immer offenen Fragen aus dem Melker Protokoll (Brüsseler Fassung) durch die tschechische Genehmigungsbehörde Bezug genommen wurde.

Im Endbericht der internationalen ExpertInnenkommission (datiert vom Juni 2005, veröffentlicht am 3.10.2005) ist zu den hochenergetische Leitungen auf der 28,8m-Bühne im Punkt 1 und der Qualifikation der Ventile im Punkt 2 nachzulesen:

"Final Monitoring Report: High Energy Pipe Lines at 28,8 m Level (hochenergetische Leitungen auf der 28,8m-Bühne): Das österreichische

Experten-Team hält fest, dass es keine Begründung gefunden hat, der Sichtweise und Erwartungen zu folgen, die als Ergebnis der ... umfassenden Neubewertung des Sicherheitsfragenkomplexes dargestellt wurde und von tschechischer Seite für das Bruchausschlusskonzept aufrechterhalten werden."

"Final Monitoring Report: Qualification of Valves (Qualifizierung der Ventile): Nach Einschätzung des Expertenteams reicht die tschechische Vorgangsweise somit derzeit nicht aus, um nachzuweisen, dass die Frischdampf-Sicherheits- und Entlastungsventile für dynamische Zweiphasenströmungen und unterkühltes Wasser unter Druck qualifiziert sind. Die Basis, anhand welcher die Aufsichtsbehörde ... Lösungen akzeptiert hat, wurde für das österreichische Expertenteam nicht einsichtig."

Es gibt bis dato auch keinerlei Anzeichen, dass die Tschechische Republik an der Umsetzung der offenen Sicherheitsmaßnahmen das AKW Temelin arbeiten würde. Es ist daher davon auszugehen, dass die Tschechische Republik den völkerrechtlich verbindlichen Vertrag, wie es das Melker Protokoll (Brüsseler Fassung) darstellt, bisher nicht erfüllt. Aufgrund der Dringlichkeit ist es nicht angezeigt, weitere Zeit zu vergeuden, sondern auf bestehende Gutachten zurückzugreifen.

Neben der Umsetzung des Melker Protokolls bleibt es jedoch das langfristige Ziel, die Nullvariante durchzusetzen und die Stilllegung von Temelin zu erreichen.

Linz, am 6. März 2007

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Trübwasser, Schwarz, Wageneder, Hirz

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Orthner, Weinberger, Brunner, Stanek, Hingsamer, Steinkogler, Jachs, Stelzer, Aichinger, Weixelbaumer, Mayr, Schillhuber, Bernhofer, Pühringer, Entholzer, Ecker, Hüttmayr, Brandmayr, Kiesl, Schürerer, Eisenrauch, Lackner-Strauss, Frauscher, Gumpinger

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Kapeller